

Das Modellprojekt My Democracy bei La Red e.V. *

Gegen Hass und Rassismus stärken

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und extremistischen Ideologien werden Minderheiten und migrantische Gemeinschaften in erster Linie als Objekte betrachtet. Dabei sind diese Gruppen nicht nur Zielscheibe, sondern auch selbst Träger von Hass, Diskriminierung und allerlei Vorurteilen. Das Projekt My Democracy von La Red e.V. begegnet diesem Problem in den sozialen Medien mit Mitteln der politischen Bildung.

Soziale Medien sind in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil der Migrationserfahrung geworden. Ob Menschen,

die als Fachkräfte oder Geflüchtete einwandern, ob aus der europäischen Nachbarschaft oder von einem anderen Kontinent: In den sozialen Medien sucht die Mehrheit der Zugewanderten nach wichtigen Informationen zu rechtlichen Fragen und bürokratischen Abläufen, tauscht sich über Probleme beim Ankommen und Leben in Deutschland aus und vernetzt sich mit Landsleuten und Menschen in ähnlichen Lebenssituationen und mit ähnlichen Interessen. Facebook, Instagram, Twitter, YouTube und Co. sind aus der Kommunikation in und mit migrantischen Communities nicht mehr wegzudenken (vgl. Stapf 2019).

Doch bei all ihrer Bedeutung für die Vernetzung und Integration, sind soziale Medien auch Orte, wo Zugewanderte Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begegnen, sowohl auf Deutsch als auch in ihren Herkunftssprachen. Auch die digitalen Räume der migrantischen Communities sind voll von alltagsrassistischen Vorurteilen, extremem Nationalismus, Verschwörungsnarrativen, Machismo und Hass zwischen verschiedenen Gruppen (vgl. Nolden 2020, S. 352). Potenziell kann das zur weiteren Marginalisierung von ohnehin vulnerablen Menschen beitragen und sie dazu bewegen, bestimmte Communities oder soziale Medien zu verlassen.

Gerade hier setzt das 2021 gegründete Modellprojekt „My Democracy – Soziale Medien von Migrantenorganisationen für das Empowerment im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus“ an. Gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus,

zielt das Projekt darauf ab, Akteur:innen der sozialen Medien und Migrantenorganisationen für das Thema Rassismus zu sensibilisieren und sie darin zu stärken, proaktiver und selbstbewusster mit rassistischer Hassrede umzugehen sowie Betroffene von rassistischer Hassrede zu unterstützen.

Monitoring migrantischer Online-Gruppen

Das Projekt umfasst drei Bereiche: Analyse, Vernetzung und politische Bildungsarbeit. Um das Phänomen quantitativ und qualitativ zu begreifen, führt das Projektteam ein Monitoring von migrantischen Online-Communities und Befragungen ihrer Admins und Moderator:innen durch. 2021 begannen wir mit der Dokumentation rassistischer Äußerungen in den Facebookgruppen in den Sprachen Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Bulgarisch, Italienisch und Arabisch, 2023 kamen noch Russisch und Ukrainisch hinzu. Zwischen Mai und Oktober 2021 haben wir 404 Facebookgruppen mit insgesamt 2.678.768 Mitgliedern beobachtet und 302 Fälle mit Rassismus-Bezug aufgezeichnet. Neben expliziten Ausdrücken von Hass haben wir auch Äußerungen erfasst, die bewusst oder unbewusst rassistische Denkweisen reproduzieren, sowie solche, die Rassismus thematisieren. Die Erfassung dieser Fälle hat gezeigt, dass auf derartige Äußerungen oft hochemotionale Kettenreaktionen folgen.

Ein Beispiel für diese Dynamik liefert auf eine besonders spektakuläre Weise der Beitrag aus einer Facebookgruppe von syrischen Zugewanderten mit über 390.000 Mitgliedern, den wir im März 2023 erfassten. Darin ging es um eine syrische Frau, die einen sudanesischen Mann geheiratet haben soll; das Posting wurde mit einem angeblichen Foto des Paares be-



Autorin | Autor

Elena Bresolin, Koordinatorin des Projekts My Democracy bei La Red e.V.

bresolin@la-red.eu

Nikolai Klimeniouk, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt My Democracy bei La Red e.V.

klimeniouk@la-red.eu

* Mehr zum Modellprojekt „My Democracy – Soziale Medien von Migrantenorganisationen für das Empowerment im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus“ erfahren Sie unter: <https://la-red.eu/portfolio/my-democracy>

bildet. Der Beitrag rief zahlreiche Reaktionen hervor, er bekam über 2.000 Likes und über 600 Kommentare. Die Meinungen waren zwischen Befürwortern und Kritikern dieser Ehe gespalten, wobei die meisten negativen Kommentare einen offen rassistischen Ton gegenüber dem dunkelhäutigen Mann hatten, wie etwa dieser: „Die syrische Staatsbürgerschaft sollte ihr entzogen werden, weil sie unsere syrische Staatsbürgerschaft beschmutzt und erniedrigt.“ Auf die wenigen Erwidernungen reagierten die Nutzenden wiederum mit Beschimpfungen und Verharmlosungen im Sinne von: „Das ist kein Rassismus, das ist nicht so gemeint.“

Im Zeitraum zwischen Oktober 2021 und Dezember 2021 wurden in den 112 durch das Projektteam beobachteten arabischsprachigen Facebookgruppen mit insgesamt 3.739.196 Mitgliedern 32 Fälle von Rassismus erfasst, die sich gegen Schwarze, Kurd:innen und Ost-Europäer:innen richteten, dabei gab es in nur drei Fällen eine Reaktion der Admins und so gut wie keine Solidarisierung mit den Betroffenen. Das verbindet die arabischsprachigen mit allen anderen beobachteten Gruppen. In nur einem Sechstel der insgesamt 302 erfassten Fälle intervenierten die Admins beziehungsweise Moderator:innen, und wenn, dann eher passiv, indem sie die problematischen Beiträge löschten und deren Verfasser:innen sperrten. Nicht betroffene Nutzer:innen reagieren ebenfalls selten, und wenn sie es tun, bekommen sie in der Regel nur wenig Unterstützung.

Befragung zur Wahrnehmung von Rassismus

Unsere Online-Befragung von Admins und Moderator:innen der arabisch-, bulgarisch-, italienisch-, bosnisch-, kroatisch-, serbisch- (BKS) und spanischsprachigen Facebookgruppen zur Wahrnehmung von Rassismus, an der 108 Personen teilnahmen, bestätigte den Eindruck, dass deren bevorzugte Strategie im Umgang mit Hass ist, die Beiträge zu löschen und die Autor:innen der Beiträge zu blockieren. Auch wenn es explizit formulierte Verhaltensregeln (Netiquette) in der Gruppe gibt, die oft auch politische und religiöse Themen explizit verbieten, müssen sie die Kommunikation ständig kontrollieren, um Konflikte zu vermeiden oder zumindest abzuschwächen. Eine solche rigide Moderationspraxis verhindert auch eine

kritische Auseinandersetzung mit problematischen Themen und unterdrückt nicht zuletzt die Perspektive der Betroffenen.

Anschließend führten wir im Juli-August 2021 eine Nutzerbefragung in diesen Gruppen durch, an der 240 Personen teilgenommen haben. Mehr als zwei Drittel von ihnen gaben an, mindestens einmal auf rassistische Äußerungen in migrantischen Facebook-Gruppen gestoßen zu sein. Ihre Reaktion auf problematische Inhalte war meist die Nutzung der Meldfunktion von Facebook oder die Kontaktaufnahme mit den Gruppenadmins. Das Verfassen von Gegenargumenten auf die problematischen Posts oder die Unterstützung von Betroffenen wurde deutlich seltener genannt.

Workshops zu „digitaler Hygiene“

Auf der Grundlage dieser ersten Erkenntnisse konzipierten und erprobten wir Workshop-Formate für Admins, Nutzer:innen und Vertreter:innen migrantischer Organisationen, um sie für verschiedene Formen von Rassismus und andere Hassideologien zu sensibilisieren und sie darin zu stärken, sich und andere aktiv gegen Hass im Netz zu verteidigen und digitale Räume demokratischer und pluralistischer zu gestalten. Im Jahr 2023 hat das Projekt „My Democracy“ eine Reihe von Workshops zu den Themen Hassrede, Demagogie, rassistische Anfeindungen, Rechtsradikalismus und andere extreme politische Ideologien durchgeführt, an denen etwa 200 Personen teilgenommen haben.

Unser Ansatz bestand darin, die Vermittlung praktischer Fähigkeiten der „digitalen Hygiene“ (das heißt, wie man als Privatperson oder als Admin digitaler Räume sich selbst und andere vor Anfeindungen und Desinformation schützen kann) in einen breiteren politischen Bildungskontext einzubetten (vgl. Guzmán de Rojas Alquisalet 2023, S. 33). Diese praktischen Fähigkeiten wurden mit der Vermittlung von Medienkompetenz und Wissen über das politische System in Deutschland, die deutsche und internationale Rechtsprechung, die Zuständigkeiten und Funktionsweise staatlicher Organe, die Rolle und Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die Rechte und Pflichten von Bürger:innen verbunden. In den Workshops befassten wir uns mit den Grundrechten,

besonders mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, sowie mit den Konzepten Gewaltenteilung, Zensur, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre, Integration, Diskriminierung und Rassismus. Besonderer Fokus lag dabei auf der Meinungsfreiheit und ihren Grenzen.

Freiwillige Teilnahme

Die Workshops fanden in unterschiedlichen On- und Offline-Formaten auf Deutsch, Englisch, Russisch und Arabisch statt, die Zahl der Teilnehmenden variierte zwischen vier und 25 Personen, darunter waren Menschen im Alter von 16 bis etwa 75 Jahren, mit oder ohne Migrationsgeschichte. Die Teilnahme war in allen Fällen freiwillig, niemand wurde dazu etwa durch den/die Arbeitgeber:in oder von der Bildungsstätte verpflichtet. Die meisten Teilnehmenden kamen in die Veranstaltungen, weil sie durch ihre Arbeit oder private Aktivitäten auf sozialen Medien problematischen Inhalten begegneten. Ein Großteil der Teilnehmenden unserer Veranstaltungen waren im sozialen beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Bereich tätig, aktiv in Vereinen und so weiter.

Anders als beim Monitoring von sozialen Netzwerken war eine systematische Erhebung von Daten keines der Ziele unserer Arbeit in den Workshops. Alles, was wir über die Herkunft, Hintergründe, Einstellungen und aktuelle Lebenssituation der Teilnehmenden wissen, beruht auf ihren Selbstauskünften. Dabei stellen ein Migrationshintergrund oder eine eigene Migrationserfahrung allein keine ausreichend pädagogisch relevanten Eigenschaften dar, hinzu kommen die Bedürfnisse der Teilnehmenden, ihr Bildungsstand, Alter, Einkommen und natürlich die Besonderheiten ihrer Sozialisierung.

Sozialisierung in demokratischen Ländern

Die auffälligsten Unterschiede sahen wir zwischen den Personen, die überwiegend in Demokratien und solchen, die in nichtdemokratischen Ländern sozialisiert worden waren. Unter Demokratien verstehen wir Länder, wo regelmäßig freie Wahlen und friedlicher Machtwechsel stattfinden, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und andere Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit insgesamt gewährleistet sind und auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen. Die Generation konnte dabei auch ein wichtiger Faktor sein: Eine ähnliche Differenz fiel uns bei den Menschen auf, deren Länder vor zwei oder drei Jahrzehnten noch keine Demokratien waren. Die entscheidende Rolle spielte in diesen Fällen die Zeit des Schulbesuchs und eventuell des Studiums. Die Differenz manifestierte sich vor allem darin, wie

die Menschen den Staat und ihre eigene Rolle als Bürger:innen beziehungsweise Mitglieder der Gesellschaft mit Rechten und Pflichten sehen.

Bei den Teilnehmenden, die überwiegend in nichtdemokratischen Ländern sozialisiert worden waren, beobachteten wir besonders häufig eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Staat. Auch wenn sie keine Angst vor dem deutschen Staat haben, sehen sie ihn weder als einen Wahrer und Beschützer ihrer Rechte noch als einen Dienstleister. Für sie ist der Staat eher ein potenziell feindliches Wesen voller Gefahren, und jeder nicht unbedingt notwendige Kontakt mit ihm sollte vermieden werden.

Vertrauen in Staat und Demokratie

Diese Einstellung fiel uns beim Themenblock „Hassrede melden“ als Teil unserer Workshops besonders deutlich auf. Darin erklären wir die deutsche Gesetzgebung, die bestimmte Äußerungen, von Beleidigung bis Volksverhetzung, unter Strafe stellt, und mögliche Handlungsoptionen, wenn man auf vermutlich strafbare Äußerungen stößt. Die nichtdemokratisch sozialisierten Teilnehmenden zweifelten in der Regel nicht nur daran, dass Meldungen tatsächlich zur Bestrafung der Täter führen und damit ein Beitrag zur Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas sein können, sie neigten auch dazu, die Strafe an sich als einen Akt der staatlichen Willkür zu betrachten, als eine potenziell unverhältnismäßige und ungerechte Abstrafung. Unter dieser Perspektive erscheint jede Meldung einer Straftat als Denunziation.

Die demokratisch sozialisierten Menschen sehen den Staat in der Regel ebenfalls kritisch, doch nicht als einen Feind, sondern viel mehr als eine wichtige und nützliche Struktur, die aber nicht immer gut genug funktioniert. Umso häufiger ist es für sie der Beweggrund dafür, ihre Rechte einzufordern oder Veränderungen anzustreben. Zumindest erwarten sie dies von Politikern, die sie wählen, und von den Akteur:innen der Zivilgesellschaft.

Die nichtdemokratisch sozialisierten Menschen, selbst wenn sie sich als überzeugte Demokraten sehen, haben viel öfter ein vereinfachtes Bild der Demokratie als Herrschaft der Mehrheit und nicht als ein auf Regeln und Interessenausgleich basierendes System. Daher sind sie auch eher bereit, verbreitete Vorurteile als „demokratische Meinungen“ zu akzeptieren.

Meinungsfreiheit – Recht und Anstrengung

Eine große Gruppe unter den Teilnehmenden bildeten Menschen mit biografischen Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten, die man in Deutschland trotz ihrer

unterschiedlichen Identitäten und Muttersprachen oft verallgemeinernd als „russischsprachige Personen“ bezeichnet. In dieser Gruppe sind die erwähnten Unterschiede je nach Generation und Herkunftsland besonders gut sichtbar.

Junge Menschen aus der Ukraine wussten etwa in der Regel nicht viel Konkretes über Deutschland und hatten wenig Ahnung über hiesige gesellschaftlich-politische Debatten. Dafür waren sie meistens gut über Themen wie Menschenrechte und pluralistische Gesellschaft informiert und konnten souverän mit den Konzepten Solidarität, Diskriminierung und Gleichberechtigung umgehen. In selbstständiger Arbeit erstellten sie ausführliche Listen von Menschenrechten oder verschiedenen Diskriminierungsformen. Darin unterschieden sie sich deutlich nicht nur von den meisten ihrer Altersgenossen aus Russland, sondern auch von ihren älteren Landsleuten. Dieser Unterschied machte sich bei der Auseinandersetzung mit dem Konzept der Meinungsfreiheit besonders bemerkbar. Die nichtdemokratisch sozialisierten Menschen neigten deutlich dazu, die Meinungsfreiheit nicht als ein Grundrecht aufzufassen, sondern als eine Herausforderung, auf die anderen Rücksicht zu nehmen und ihre Gefühle nicht zu verletzen. Für sie steht dieser Begriff nicht so sehr für Freiheit, sondern für Anstrengungen und Einschränkungen.

Sichtweisen zum Begriff Zensur

Noch deutlicher wird es in Bezug auf den Begriff Zensur. Wir haben in den Workshops und beim Austausch mit Admins öfters beobachtet, dass Menschen aus Ländern, in denen staatliche Zensur herrscht oder herrschte, große Hemmungen haben, Hassinhalte in den sozialen Medien zu löschen und Nutzer:innen, die sie verbreiten, zu blockieren, weil sie es als Zensur empfinden und es als ihre persönliche Pflicht sehen, freie Meinungsäußerung zu ermöglichen. Umso mehr waren wir darüber erstaunt, dass für viele, vor allem ältere Teilnehmende unserer Veranstaltungen mit diesem Hintergrund der Begriff Zensur eher positiv belegt war: zum Beispiel als Rücksicht auf andere oder als Mittel, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Einige gingen sogar so weit, mit dem Wort Selbstzensur nicht etwa voraussetzenden Gehorsam oder Selbsteinschränkung aus Angst vor Repressalien

zu bezeichnen, sondern Einstellungen und Haltungen, die man, zumindest in Deutschland, eher mit Zurückhaltung, Respekt, Anstand oder Gewissen verbindet. All das deutete auf ein Gesellschaftsbild hin, in dem nicht die persönliche Freiheit und Menschenwürde das höchste Gut sind, sondern ein Staat, der nicht tyrannisch und grausam ist, und wo die Bürger die Pflicht haben, brav zu sein. Eine typische Folge dieser Einstellung ist die Ablehnung des gesellschaftlichen Aktivismus und der politischen Positionen, die den Status quo infrage stellen, sowie jener Menschen, die daran rütteln. Weitere Forschungen könnten Aufschluss darüber geben, ob diese Zusammenhänge tatsächlich einen systemischen Charakter haben.

Herausforderungen für politische Bildung

Als eine weitere pädagogisch relevante Eigenschaft der Teilnehmenden zeigte sich ihre Zugehörigkeit zu einer deutlich wahrnehmbaren Minderheit, sei es aufgrund des Aussehens, Akzents, körperlicher Eigenschaften oder anderer Merkmale. Beim Thema Rassismus spielt diese Differenz eine besonders große Rolle. Angehörige der Gruppen, die nicht automatisch als „anders“ gelesen werden, fühlen sich von den Bildungsangeboten aus dem Themenbereich „Rassismus“ nicht angesprochen, weil sie sich weder als Objekte noch als Subjekte rassistischer Diskriminierungen sehen. Das Wort wird von einigen als Teil des aktivistischen Vokabulars empfunden und stößt allein schon deswegen auf Ablehnung.

Ein primitives Verständnis von Rassismus und die Unfähigkeit, ihn zu erkennen, ist ein verbreitetes und gruppenübergreifendes Phänomen. Bei einigen Teilnehmenden haben wir erlebt, dass sie Schwierigkeiten haben, einzusehen, dass rassistische Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur mit der Hautfarbe zu tun haben und sich in sehr ähnlichen Formen gegen verschiedene Gruppen richten. Diese Schwierigkeit korreliert oft mit einer vereinfachten Auffassung der Demokratie und einer niedrigen Sensibilität für gesamtgesellschaftliche Probleme. Mit den Bildungsangeboten des Projektes „My Democracy“ versuchen wir, auf diese Herausforderungen zu antworten und die Teilnehmenden zu einer aktiveren Teilhabe an der Gesellschaft zu bestärken.

Literatur |

Guzmán de Rojas Alqui-salet, C.: Über Diversität, politische Bildung und die Frage, wie mehr Menschen mit politischer Bildung erreicht werden können. Erste Ergebnisse aus einer migrantischen Perspektive. Berlin 2023

Nolden, M.: Rassismus im Netz. In: Friese, H. et al. (Hrsg.): Handbuch Soziale Praktiken und digitale Alltagswelten. Wiesbaden 2020

Stapf, T.: Migration/Digital – Die Bedeutung der Sozialen Medien für Ankommen, Orientierung und Teilhabe von Neuzugewanderten in Deutschland. Berlin 2019